



# Hauptstadt-Bulletin

## Regierungserklärung zu neuen Corona-Maßnahmen

In einer intensiven Debatte nach der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel traten vor allem Politiker der FDP und AfD hervor, die das Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung heftig attackierten und behaupteten, die angekündigten Einschränkungen führten nicht zum Erfolg im Kampf gegen die Pandemie. Zuvor hatte die Bundeskanzlerin den Ernst der Lage deutlich gemacht. In den vergangenen Wochen sind die Infektionszahlen exponentiell gestiegen und haben die Gesundheitsämter an ihre Belastungsgrenze gebracht. 75 Prozent der Infektionen können nicht mehr zugeordnet werden. In den Krankenhäusern hat sich die Zahl der Intensivpatienten verdoppelt. „Wir befinden uns in einer dramatischen Lage, sie betrifft uns alle“, sagte die Kanzlerin. Der Bund und die Länder haben sich auf weitreichende Kontaktbeschränkungen sowie Einschränkungen in der Kultur, Unterhaltungsbranche und Gastronomie verständigt. Eine wichtige Nachricht sei, dass der Bund den betroffenen Betrieben und Einrichtungen finanziell helfen werde, über die schwierige Zeit hinwegzukommen. Leider könnten die besten Hygienekonzepte angesichts der stark steigenden Infektionszahlen ihre Wirkung nicht entfalten. Diese Maßnahmen seien erforderlich und verhältnismäßig.



Sehr geehrte Damen und Herren,

das teilweise Unverständnis seitens der Sportvereine, Fitnessstudios oder der Gastronomie im Hinblick auf die neuen Corona-Maßnahmen kann ich nachvollziehen. Die Kritik fußt allerdings auf der Feststellung, dass es in den Vereinen, Gaststätten oder Cafés so gut wie keine Infektionsfälle gäbe. Das ist aber auch gar nicht die Unterstellung. Tatsächlich geht es um die deutlich steigende Zahl, vor allem junger Menschen, die völlig symptomfrei in Lokalen, Sportvereinen und Freizeiteinrichtungen verkehren und selbst gar nicht wissen, dass sie infiziert sind - dort aber das Virus verbreiten, unabhängig von den sehr guten Hygienekonzepten der Unternehmen. Das ganze erfolgt mittlerweile in einem Ausmaß, dass es zunehmend nicht mehr nachverfolgbar ist. Es droht eine Situation, die im Polizei-Jargon "AK-Lage" (Außer Kontrolle) heißt. Wenn symptomfreie Menschen das Virus weitergeben, ohne es selbst zu wissen oder zu ahnen, kann die Lage nur noch beherrschbar bleiben, wenn wir die zwischenmenschlichen Kontakte dort reduzieren, wo wir häufig und gerne zusammenkommen. Das ist schlimm genug, weil uns genau diese Gemeinschaften so am Herzen liegen. Wir tun das aber in einer Prioritätenabwägung, um Kitas, Schulen und das Wirtschaftsleben am Laufen zu halten und hoffentlich an Weihnachten eine Entspannung zu spüren. Den betroffenen Unternehmen helfen wir natürlich wie im Frühjahr und hoffen in den kommenden Wintermonaten so die Lage weiter beherrschbar zu halten.

Ihr

Armin Schuster MdB  
Im Deutschen Bundestag  
Für den Wahlkreis  
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro  
Tel.: 030 227 – 71005  
Fax: 030 227 – 76606  
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Tel.: 07621 – 4258033  
Fax: 07621 – 4258033  
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de



### **Letzte Rede von Armin Schuster im Deutschen Bundestag**

In dieser Woche hielt Armin Schuster seine Abschiedsrede im Plenum des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf zur Entfristung von Vorschriften nach den Terrorismusbekämpfungsgesetzen, der in erster Lesung auf der Tagesordnung stand. „Ich halte es für einen überfälligen Schritt, dass diese wichtigen Instrumente der Sicherheitsbehörden zur Terrorismusbekämpfung auf Initiative der Koalitionsfraktionen entfristet und dauerhaft festgeschrieben werden.“ Die Befugnisse sind im Rahmen der Antiterrorgesetze für den Bundesverfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eingeführt worden. Sie ermöglichen den Nachrichtendiensten unter anderem, Auskünfte von Luftfahrtunternehmen, Banken und Telekommunikations- und Telemedienanbietern einzuholen, die für die Aufklärung extremistischer und terroristischer Netzwerke von zentraler Bedeutung sind. Jede Maßnahme unterliegt strenger quasi-richterlicher Kontrolle durch das Parlamentarischen Kontrollgremium und die G10-Kommission. Armin Schuster betonte: „Ich wünsche mir mehr Mut und mehr Vertrauen in die Qualität der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden und auch in die Qualität der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrollmechanismen. Dass dieses Vertrauen oft nicht genügend ausgeprägt ist, weder in der Opposition noch in Teilen der Koalition, zeigt zuletzt die schwere Geburt bei der Einigung auf die Reform des Bundesverfassungsschutzgesetzes.“ Die Regelungen zur Terrorismusbekämpfung sind seit ihrer Einführung vier Mal evaluiert und verlängert sowie zum Teil angepasst worden. Der Evaluationsbericht des Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung von Juli 2018 bestätigt, dass die Befugnisse in der Terrorismusbekämpfung unverzichtbar sind und stellt fest, dass durch die Behörden keinerlei massenhafte und ungezielte Erhebung personenbezogener Daten erfolgt.

---

### **Familien erhalten mehr Geld**

Familien leisten gerade in der Corona-Krise unglaublich viel. In zweiter und dritter Lesung haben die Bundestagsabgeordneten eine steuerliche Entlastung für Familien beschlossen. Demnach beträgt der neue Kinderfreibetrag insgesamt 8.388 Euro pro Kind sowie die Erhöhung des Kindergeldes um 15 Euro zum 1. Januar 2021 beträgt damit für das erste und zweite Kind jeweils 219 Euro, für das dritte Kind 225 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 250 Euro. Gleichzeitig werden die steuerlichen Kinderfreibeträge ab 2021 auf insgesamt 8.388 Euro erhöht. Auch der Grundfreibetrag wird angehoben und die Eckwerte des Steuertarifs nach rechts verschoben. So wird verhindert, dass die Folgen der kalten Progression eintreten.

---

### **4 600 minderjährige Studierende in Deutschland**

Laut erhobener Daten des Statistischen Bundesamts waren zum Wintersemester 2019/2020 4.600 Minderjährige deutschlandweit an Universitäten eingeschrieben. Das macht 0,16 % aller Studierenden aus. Zehn Jahre zuvor lag ihr Anteil bei 0,04 % mit 760 Studierenden. Als Gründe für den Anstieg nennt das Statistische Bundesamt den Wegfall des Zivil- und Wehrdienstes und die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren. Die Vorlesungszeit des kommenden Wintersemesters beginnt am 2. November 2020.

---

### **Bundestag trauert um Vizepräsident Thomas Oppermann**

Das Parlament hat am Mittwoch seinem plötzlich verstorbenen Vizepräsidenten Thomas Oppermann mit einer Trauerfeier gedacht. Am vergangenen Sonntag ist der SPD-Politiker in einem Göttinger Krankenhaus verstorben, nachdem er bei Dreharbeiten mit dem ZDF zusammengebrochen war. 30 Jahre gehörte er deutschen Parlamenten an, davon 15 Jahre dem Deutschen Bundestag. Besonders in der letzten Wahlperiode war er eine tragende Säule der Arbeit der großen Koalition.

